



VORWÄRTS



sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP]

erscheint seit 1983 Nr. 189

Mai 2010

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Österreich



Weg mit Massensteuern!

Die SPÖ-Rhetorik einer „sozialen Verträglichkeit“ bei der Budgetkonsolidierung lässt Hoffnung keimen. Aber dass die SPÖ keinen grundlegenden Kurswechsel vollzogen hat zeigt sich im Gesamtpaket, das drastische Angriffe gerade für ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache bedeutet. Eine sozialistische Steuerreform sieht anders aus. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Streiken – Ja dürfen's denn das?

Wenn Petitionen, Demos und Kundgebungen nicht reichen, braucht es schärfere Aktionsformen. Streik hat zwar wenig Tradition. Aber wir werden darauf immer weniger verzichten können, wenn wir ein menschenwürdiges Leben wollen... SEITE 3

Schwerpunkt



Fünf gute Gründe für die SLP!

Die Wiener Wahlen finden vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise und einer starken rechtsextremen Bedrohung durch die FPÖ statt. Die SLP tritt bei dieser Wahl auch an! Was will die SLP und wie das "Duell um Wien" wirklich aussieht. SEITEN 4/5

Internationales



Kämpfen wie in Griechenland

Die Neuigkeiten aus Griechenland überschlagen sich. Auf der einen Seite enorme Staatsschulden und die angeblich notwendigen Sparmaßnahmen. Auf der anderen Seite gibt es massive Proteste. Die ganze EU wackelt... SEITE 7

► Gegen Massensteuern und Sparpakete!



Österreichs Regierung will 2011 ein Sparprogramm von 1,7 Mrd. umsetzen. Zusätzlich sollen ArbeitnehmerInnen durch Massensteuern belastet werden. Gespart werden soll bei Sozialem, Bildung und Gesundheit. Finanzminister Josef Pröll sagt dazu: "Jeder Österreicher wird seine monetären Lasten zu schultern haben!" – Da fragt man sich vor allem eins: Auf welchem Planeten lebt die Regierung?

von Laura Rafetseder, SLP Wien

Im Winter haben die Arbeitslosenzahlen die 400.000er Grenze gesprengt. Viele Menschen wissen schon jetzt nicht, wie sie ihr Leben bestreiten sollen, haben Angst um den Job und um ihre Existenz. Die Regierung soll sich nicht wundern, wenn wir nicht bereit sind, die "monetären Lasten zu schultern". Weil wir uns das nämlich gar nicht leisten können! Hier geht es nicht um "Privilegien" – es geht um die nackte Existenz! Die Finanzmarktstabilität war mit 10 Mrd. Euro der größte Budgetposten 2009. Dort liegt das Geld, das jetzt bei uns eingespart werden soll!

Krise vorbei? Das wird noch viel schlimmer!

Genauso fern jeder Realität sind Behauptungen, die Krise sei überstanden. Die neuen Zahlen des IHS sprechen eine andere Sprache: Das Plus bei den Exporten 2010 und 2011 (jeweils 5,3 bzw. 5,4 %) macht zusammen nicht einmal den Einbruch von 2009 wett (-15,5%). Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten soll 2010 weiter schrumpfen (-0,3%). Das Plus bei den Investitionen

bewegt sich 2010 im Zehntelprozentbereich (+0,7%), im Jahr davor gab es ein Minus von 9,3%. Ein Indiz dafür, dass nicht einmal die Unternehmen selbst an einen Aufschwung glauben. Der isländische Vulkanausbruch kann ein Auslöser für einen neuen Einbruch der Weltwirtschaft sein – die Flugunternehmen sprechen von einer Milliarde Verlusten. Wie lange wird es dauern, bis sich die ersten Flugunternehmen um staatliche Finanzhilfen anstellen?

Wer soll für die Krise zahlen?

Veit Sorger, Chef der Industriellenvereinigung, behauptet, die Unternehmen seien die Verlierer der Krise. Blanker Hohn angesichts der Rekordgewinne mancher Unternehmen (und Banken!) in der Krise. Mitte April haben die Pensionskassenberechtigten demonstriert, deren Pensionen von der Krise gefressen wurden. Für sie gab es keine Staatshilfen! Im Herbst findet die jährliche Luxusmesse "Luxury, please" statt, eine Veranstaltung von sagenhafter Dekadenz, die ihresgleichen sucht. Während alleinerziehende Mütter sich überlegen müssen, ob sie sich Heizen angesichts steigender Energiepreise leisten können, können Millionärgattinnen dort Luxusmöbel und Juwelen

shoppen. Veranstalter Krispl: "Luxus ist schließlich einer der wenigen Wirtschaftszweige, der noch immer Wachstumsraten verzeichnen kann." Kein Wunder, jene die sich Luxus leisten können, konnten sich's ja auch in der Krise richten. Die SLP wird im Herbst Aktionen gegen die Luxusmesse setzen.

Nationaler Schulterschluss? Klassenkampf ist heute!

Arbeiterkammerchef Tumpel meint, 2011 wäre "zu früh" zum Sparen, weil die Krise noch nicht vorbei sei. Damit stößt er ins selbe Horn wie WIFO-Chef Aiginger, der erst später sparen will, dafür aber durch die Sozialpartner. Möglichst im "nationalen Schulterschluss", um Widerstand wie zum Beispiel in Griechenland zu vermeiden. Der Kurier legt noch ein Schäufelr nach und schreibt "Klassenkampf war gestern". Hinter der Aussage, es soll erst gespart werden, wenn die Krise "vorbei" ist, liegt die keynesianistische Idee, durch staatliche Eingriffe könnte die Wirtschaft gesteuert und Krisen verhindert oder abgemildert werden.

Gespart werden sollte nach dieser Interpretation "antizyklisch", das heißt erst nach der Krise. Angesichts der

prekären Situation vieler ArbeitnehmerInnen, die durch die Krise teilweise ihre Existenz verlieren, ein äußerst zynisches Konzept. Und wenn Tumpel argumentiert, dass neue Massensteuern die Kaufkraft schwächen, liegt ihm die wohl mehr am Herzen, als die Menschen, die diese Steuern dann zahlen dürfen.

ÖGB: Gerecht sparen? Wir bezahlen nicht!

ÖGB-Chef Erich Foglar sagt "Sparen ja, aber gerecht" und "Schuldenabbau ist wichtig, denn der Staat muss auch in Zukunft für wichtige Ausgaben genug Geld zur Verfügung haben". Die ÖGB-Spitze akzeptiert damit die kapitalistische Sparlogik – weil sie den Kapitalismus akzeptiert. Und mit ihrem Bonzeneinkommen können die Gewerkschaftsbosse ja nicht wissen, wie das ist, wenn einem/r das letzte Hemd ausgezogen wird.

Die SLP fordert daher, dass FunktionärInnen nicht mehr beziehen dürfen als die Mitglieder, die sie vertreten sollen! In Wirklichkeit kratzt in der Krise jeder Versuch, Verschlimmerungen abzuwehren, an den Systemgrenzen. Gewerkschaften müssen in der Krise daher eigentlich Antworten geben und Kämpfe organisieren, die den Kapitalismus in Frage stellen. Wir sagen: Klassenkampf ist heute! Wir können es uns nicht leisten, dass MillionärInnen und MilliardärInnen durch die Krise gewinnen, und wir ausgeblutet werden. Die griechischen ArbeiterInnen haben es mit mehreren Generalstreiks vorgezeigt: Wir müssen kämpfen, weil wir für diese Krise nicht bezahlen KÖNNEN!

Info

Stiftungen in Österreich

Karl Wlaschek	€ 3 100 000 000	Julius Meisl	€ 1 900 000 000
Didi Mateschitz	€ 2 800 000 000	Frank Stronach	€ 1 300 000 000
Heidi Horten	€ 2 200 000 000	Thomas Prinzhorn	€ 1 100 000 000
Fiona Swarovski	€ 2 000 000 000	Hans Dichand	€ 650 000 000

Im Jahr 2010 liegen Schätzungen zufolge insgesamt rund 60 bis 80 Milliarden Euro in 3.360 Stiftungen.



Mehr Informationen auf www.slp.at & www.socialistworld.net



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Hohle Symbole

Am 9. Mai wird wieder mal Muttertag gefeiert. Hunderttausende Männer werden an diesem Tag die Mamis bekochen (oder zum Essen ausführen, das macht weniger Arbeit) und am 10. Mai darf Mami den Dreck vom Vortag wegräumen. Der Muttertag ist wie die Frauenpolitik der SPÖ: ein hohles Symbol. Die aktuelle Frauenministerin ist die SPÖlerin Gabriele Heinisch-Hosek. Und die ist gleichzeitig auch Beamtenministerin. Als Frauenministerin fordert sie u.a. Quoten für Frauen. Als Beamtenministerin will sie im einzigen Bereich kürzen, in dem Frauen annähernd soviel verdienen wie Männer. Typisch für die Herangehensweise der SPÖ. Die Hoffnung, durch Appelle und Argumente und wenn das nicht hilft durch Gesetze und Quoten Frauen in Positionen zu bringen, ist eine alte. Und geht meist am eigentlichen Problem vorbei. Wenn im Parlament 50% Frauen sitzen, wird die Politik dadurch nicht automatisch besser für Frauen. Wenn mehr Frauen in Führungspositionen sind, bedeutet das nicht, dass Personalabbau und Lohnkürzungen weniger wahrscheinlich sind.

Gerade weil die etablierten Parteien sich immer stärker an dem orientieren, was die Wirtschaft „braucht“ wird ihre Frauenpolitik immer mehr auf Symbole reduziert. Die blau-schwarze Regierung hat die Absurdität der Symbolik auf die Spitze getrieben: das Regierungsprogramm legte eine ge-genderte Sprache fest. Das Papier, in dem das stand, war aber nicht ge-gendert. Die aktuelle Regierung ist nur mäßig besser. Nichts gegen Zeichen in der Straßenbahn (Wien), wo auch mal ein Mann ein Kind auf dem Schoß hält. Aber wenn gleichzeitig durch die Ausgliederungen der Gemeinde Wien die v.a. weiblichen Beschäftigten im Gesundheitsbereich noch mehr Stress kriegen, ist das nicht viel wert. Schön, wenn es eine Frauenministerin gibt (Bund). Wenn sie eine Nulllohnrunde für den öffentlichen Dienst andenkst, dann hat sie kein Problem mit Lohnkürzungen bei Frauen. Angedachte Kürzungen bei Arbeitslosen – treffen v.a. Frauen, die ohnehin schon sehr niedrige Arbeitslosenbezüge haben. Kürzungen im Gesundheitswesen – treffen v.a. Frauen die die Pflege dann übernehmen müssen. Aber Hauptsache, am 9. Mai werden die PolitikerInnen wieder die Mütter hochleben lassen. Das kostet ja nichts.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

von Harald Mahrer, SLP Wien

Die Bank Austria vermeldete einen Jahresgewinn von 1 100 000 000 Euro und bezahlte dafür 0,00 Cent Körperschaftssteuer. Für die Bank Austria ist Österreich eher kein Hochsteuerland. Ganz anders wird das wohl Frau M. sehen. Sie ist Angestellte bei jener Bank und hat ihr Gehalt von 1.600 EUR brutto um rund 25 EUR erhöht bekommen, davon gehen gleich mal rund 12 EUR an Sozialversicherung und Finanzminister. Frau M. fühlt sich also bestätigt, wenn Wirtschaftsbosse und ihre politischen Erfüllungsgehilfen von einer drückenden Abgabenlast in Österreich sprechen. Die SPÖ-Rhetorik einer „sozialen Verträglichkeit“ bei der Budgetkonsolidierung lässt Hoffnung keimen. Zurecht?

Österreich: Steuerparadies für Reiche und Konzerne

73,6% der Steuereinnahmen kommen aus Lohn- und Mehrwertsteuern. Abgaben auf Vermögen schlagen hingegen lediglich mit 1,4% zu Buche. Um die Milliardeneschenke an Banken und Unternehmen wieder reinzukriegen, plant die Regierung nun neben massiven Kürzungen auch Steuererhöhungen. 2011 sollen 1,7 Mrd. Euro zusätzlich hereinkommen, 2014 schon rund 4,1 Mrd. Euro – Tendenz steigend. Alleine durch die Anhebung der Vermögensbesteuerung auf EU-Durchschnitt könnten rund 4 Mrd. eingebracht werden.

Wurden in den 1960ern noch rund 28% des Steueraufkommens aus Unternehmenssteuern aufgebracht, fiel dieser Wert bis heute auf unter 14%. In derselben Zeit verdreifachte sich der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen von rund 10% auf über 30%. Dieses Steuersystem ist also ein starkes Instrument zur Umverteilung von unten nach oben. Verschärft wurde dies durch diverse „Reformen“ der letzten Regierungen – angefangen mit der SPÖ, die unter Finanzminister Lacina 1993/94 die Vermögenssteuer sowie die sog. „Luxussteuer“ abschaffte, dafür das Reichen-Schonende Stiftungsrecht einführt. Klar, dass normale ArbeitnehmerInnen das Gefühl haben, in einem Hochsteuerland zu leben. Die Steuererleichterungen für Superreiche und Unternehmen haben sie ja nicht zu spüren bekommen. Wie hoch die Steuerlast ist, ist vor allem eine Frage des Blickwinkels.

ÖVP-Ökoschmä

„Es muss gespart werden und es muss zusätzliche Einnahmen geben“, so SPÖ-Kanzler Faymann. Josef Pröll will durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer und eine CO2-Abgabe Geld eintreiben, und nennt diese unsoziale Erhöhung von Massensteuern „ökologisch“. Er hat vorsorglich klargestellt, dass es großzügige Ausnahmen für Industrie und Unternehmen geben soll. Der Öko-Effekt dieser Maßnahme wird daher eher bescheiden ausfallen. PendlerInnen können schlecht aufs Auto verzichten, wenn der öffentliche Verkehr nicht ausgebaut wird. Ebenso wird wohl niemand weniger heizen, wenn er/sie nicht durch die hohen Preise dazu gezwungen wird. Übrig bleibt eine Abzocke der ArbeitnehmerInnen, noch höherer Druck auf ohnehin armutsgefährdete Schichten, wie z.B. MindestrentnerInnen. Und Unternehmen, die wieder einmal ungeschoren davon kommen.

Wer es mit Steuergerechtigkeit ernst meint, fordert:

Weg mit den Massensteuern!



Das Loch im Gesundheitswesen z.B. könnte zumindest teilweise dadurch gestopft werden, dass die Unternehmen ihre Schulden in der Höhe von 1 Mrd. bei den Krankenkassen endlich bezahlen. Auch die Debatte über die Schweizer Steuerbetrüger-CD hat in Erinnerung gerufen, dass wohl Milliarden an Steuern von Unternehmen und Reichen einfach hinterzogen werden. Diesen Betrug geht die Regierung nicht an – Betriebe werden nur stichprobenartig geprüft. Stattdessen braucht es die vollständige Offenlegung der Geschäftsbücher und die Kontrolle durch die Belegschaften. Dann zeigt sich rasch, wo das Geld „verschwunden“ ist.

SPÖ: Soziale Rhetorik

Die SPÖ geht in der Steuer-Debatte weiter als die ÖVP. Da wird gefordert, dass „Banken, Finanztransaktionen und Spekulanten dabei in die Pflicht genommen werden sollen“ (SPÖ-Bund), es fallen Begriffe wie „Vermögenssteuer“ (SPÖ-Linker) und „Finanzmarkttransaktionssteuer“ (SJ). Die SPÖ befindet sich näher am Empfinden der ArbeitnehmerInnen – in einer Umfrage (Karmasin) sind immerhin 78% für die Besteuerung von Banken und Spekulation, nur 17 % für höhere Steuern auf Heizen und Tanken. Doch der Grund für den scheinbar „sozialen“ Kurs der SPÖ ist wahltaktisches Kalkül gepaart mit einem keynsianischen Wirtschaftsmodell. Die Idee, Banken und Spekulation in die Pflicht zu nehmen, ist international modern - von Merkel (CDU), über Obama (Demokrat) bis eben auch zur SPÖ. Dass die Bundes-SPÖ keinen grundlegenden Kurswechsel vollzogen hat zeigt sich im Gesamtpaket, das drastische Angriffe gerade für ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache bedeutet.

Was SozialistInnen vorschlagen

Natürlich begrüßen wir als Sozialist-

Innen jede Steuerreform, die Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse bringt. Erhöhte Abgaben für Banken, Spekulation und Vermögende sind zu befürworten. Aber all diese Modelle aus den Reihen der SPÖ – die braveren ebenso wie die „radikaleren“ - haben dieselben Schwachpunkte:

Die allgemeine Ungerechtigkeit von Massensteuern wird bestenfalls gestreift. Denn die Lohn-, Einkommens-, Gewinn- und Vermögenssteuern sind der zentrale Hebel für Umverteilung. Als SozialistInnen lehnen wir Konsumsteuern, wie die Mehrwertsteuer ab, da diese ärmere Schichten unverhältnismäßig stärker treffen als wohlhabendere. Bei jeder Wurstsemmel, bei der Miete und sogar bei Medikamenten zahlen wir bis zu 20% zusätzlich an Steuern. Das sind pro Monate mehrere hundert Euro Steuern nur für das Lebensnotwendigste – für Menschen mit geringem Einkommen eine enorme Belastung. Für Vermögende hingegen ein Klacks. Konsumsteuern sind daher auch nicht gerecht, weil sie für alle gleich sind, sondern genau deswegen besonders ungerecht.

Irreführend sind auch Modelle wie von SP-Voves, der meint, es wäre ungerecht, wenn Leute mit hohem Einkommen kostenlose Leistungen wie Uni oder Kindergarten erhielten. Ungerecht ist vielmehr, dass Menschen mit hohem Einkommen in der Realität oft weniger Steuern zahlen als KleinverdienerInnen. Die SLP tritt für starke Progression bei der Einkommens- und Vermögensbesteuerung ein (wer mehr hat/verdient, soll mehr zahlen). Eine hohe Einkommens- und Vermögensbesteuerung, bei der alle Einnahmequellen zusammengefasst werden und es keine Umgehungsmöglichkeiten gibt, wie jetzt, ist am ehesten ein Schritt in Richtung Steuergerechtigkeit. Dann darf Herr Voves sein Kind auch gratis in den Kindergarten schicken.

Zentrale Forderung ist aber die Abschaffung von Konsumsteuern – zual-

lererst der Mehrwertsteuer auf private Mieten, Grundversorgung (Medikamente, Heizen, Strom,...), Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs.

Von SPÖ-Seite fehlt jeder ernsthafte Ansatz dafür, WIE eine Umverteilung von oben nach unten gegen den Willen von Wirtschaft und Koalitionspartner umgesetzt werden kann. Und wie verhindert würde, dass z.B. eine höhere Bankenbesteuerung durch neuerliche Gebührenerhöhungen auf die kleinen BankkundInnen umgewälzt würde.

Bei linken Steuerplänen schreien Industrielle, Superreiche und ihre politischen Freunde auf und sehen den „Standort“ gefährdet. Es bleibt also bei Lippenbekenntnissen. Erreicht werden könnten Steuermodelle, die eine Umverteilung von oben nach unten bedeuten nur gegen den harten Widerstand der Wirtschaft und ihrer VertreterInnen. Und zwar durch politische Kampagnen, Mobilisierung v.a. der Gewerkschaftsmitglieder und Massenprotesten bis hin zu Streiks.

Sozialistische Steuerpolitik...

...orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und sorgt dafür, dass genug Geld für Bildung, Wohnen, Soziales und Umwelt da ist. Und dass es durch Umverteilungsmaßnahmen zu einem gewissen Ausgleich der kapitalistischen Ungerechtigkeiten kommt. Das bedeutet auch, dass zusätzliche Steuereinnahmen aus z.B. einer Vermögenssteuer nicht für Steuererleichterungen für Unternehmen sondern z.B. für Bildung und Gesundheit ausgegeben werden.

Aber gerade in Zeiten der Krise kommt sozialistische Steuerpolitik nicht umhin, den Kapitalismus an sich in Frage zu stellen. Denn wer ihr Spiel mitspielt, trägt dazu bei, dass die Umverteilung á la Kapitalismus – also von unten nach oben – munter weitergeht.

Richtig streiken! Ja, dürfen's denn das ...?

Verhandeln ist Silber, Streiken ist Gold

Die Krise ist noch lange nicht vorbei. Spätestens nach den Wahlen in Wien und der Steiermark wird die Angriffswelle der Regierung ins Rollen kommen. Die Lohnabschlüsse sind mager. Da stellt sich die Frage: wie können sich ArbeiterInnen und Jugendliche wehren?

von Jan Rybak, SLP Salzburg

Das Kampfmittel Streik ist unverzichtbar geworden

Der ÖGB ruft immer wieder zu Großdemonstrationen auf. Die letzte - nicht übermäßig gut besuchte - war im Mai 09. Immer mehr KollegInnen fragen sich ob diese Aktionen alleine reichen. Die Erfahrungen haben - leider - gezeigt, dass dies nur selten der Fall ist. So waren etwa im Jänner diesen Jahres tausende ArbeitnehmerInnen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich für ihren Kollektivvertrag auf der Straße. Gebracht hat es nur eine mickrige Gehaltserhöhung von 1,5%. Wenn deutlich wird, dass nur Petitionen, Demos und Kundgebungen nicht reichen, bleibt letztlich nichts anders übrig als schärfere Aktionsformen zu wählen. Streik ist eine Kampfform, die nur wenig Tradition in Österreich hat. Aber wir werden in Zukunft darauf immer weniger verzichten können, wenn wir soziale Rechte und ein menschenwürdiges Leben wollen. Streik ist ein demokratisches Grundrecht für alle ArbeitnehmerInnen, um ihre sozialen Interessen gemeinsam verteidigen zu können oder ihre Situation zu ver-

bessern. Alle Behauptungen von Medien oder PolitikerInnen, es gäbe ein generelles "Streikverbot", sind Lügen. Das gilt sowohl für die Beschäftigten in der Privatwirtschaft, als auch im öffentlichen Dienst. Welche Wirkung ein Streikaufruf allerdings hat, hängt freilich vom Kräfteverhältnis bzw. der Entschlossenheit der Gewerkschaften ab.

Streiken – entschlossen und demokratisch

Gerade in Krisenzeiten spielt die Gewerkschaftsführung oft die Rolle einer Schlichtungsstelle zwischen Beschäftigten und Unternehmen bzw. Regierung. Anstatt konsequente Kampfmaßnahmen zu ergreifen, werden weiter ergebnislose Verhandlungen geführt oder Alibiaktionen gestartet, damit die Belegschaften "Dampf ablassen" können. Gerade darum ist es wichtig, dass Bewegungen und Streiks demokratisch von den Beschäftigten selbst organisiert werden. Etwa in der Form von gewählten Streikkomitees. Wird die Organisation der Gewerkschaftsbürokratie überlassen, ist die Gefahr groß, dass der Streik im Sande verläuft. Das hat sich etwa 2003 bei der Pensionsreform gezeigt. Zum Vergleich: Die Massenaktionen und allein die Drohung des Generalstreiks in Spanien Anfang dieses Jahres, haben die dortige Regierung gezwungen ihre Forderung nach der Anhebung des Pensionsantrittsalters vorläufig zurück zu nehmen. Ein gewähltes Streikkomitee (das auch je-

derzeit wieder abwählbar ist) hätte die Aufgabe, den Streik von unten her zu organisieren und wäre nur der Belegschaft rechenschaftspflichtig. Gerade in Zeiten, in denen die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sinkt und die offiziellen gewerkschaftlichen Strukturen oftmals nur die Politik der UnternehmerInnen im Betrieb verkaufen, sind Streikkomitees notwendiger denn je. Der gemeinsame Kampf hilft auch dabei, die Spaltung der Belegschaften durch Rassismus und Sexismus zu überwinden. Denn die gemeinsamen Erfahrungen schweißen zusammen - dringend notwendig für gemeinsame Erfolge.

Alles steht still!

Maßnahmen wie Kurzarbeit und Aussetzungsverträge, die von Anfang an unsozial waren, laufen jetzt aus und führen zu steigender Arbeitslosigkeit. Dazu kommt eine massive Staatsverschuldung durch sinkende Steuereinnahmen und großzügige Bankenrettungspakete. Bund, Länder und Gemeinden werden in den kommenden Monaten Massensteuern anheben und Sozialleistungen kürzen. Finanzminister Pröll meint es werde "keine Tabus" geben. Die Wirtschaftskrise hat den "Kuchen" deutlich verkleinert. Damit wird auch das Vorgehen von Regierung

und UnternehmerInnen brutaler. Der ÖGB behauptet immer mit Hilfe der "Sozialpartnerschaft" Erfolge für die ArbeitnehmerInnen herausholen zu können. In Zeiten der Krise wird deutlich, dass es keine "Partnerschaft" zwischen UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen gibt. Es ist dringend an der Zeit, dass die Gewerkschaft aufhört einer vermeintlichen Partnerschaft hinterher zulaufen und stattdessen beginnt aktiv Kampfmaßnahmen zu organisieren. Es ist zentrale Aufgabe der Gewerkschaft, die Interessen von ArbeitnehmerInnen mit allen Mitteln zu verteidigen. Gerade darum ist es dringend an der Zeit, dass die Gewerkschaftsbewegung das Kampfmittel Streik wieder entdeckt. Weil es notwendig ist. Wenn die ÖGB-Führung dazu nicht bereit ist und Bewegungen bremst, dann bleibt oft keine andere Möglichkeit, als den Widerstand außerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen zu organisieren, wie es die KindergärtnerInnen in Wien erfolgreich gemacht haben. Gewerkschaften und Beschäftigte werden "das Streiken" erst lernen müssen.

sen. Die Lügen und die Aggressivität von Medien, Unternehmen und Politik gegen ArbeitnehmerInnen, die ihre Rechte verteidigen, wird eine neue Erfahrung sein. Aber auch das Gefühl der Solidarität und Stärke, wenn man zusammenhält. Eine neue Streikkultur kann und wird sich in den nächsten Jahren auch in Österreich entwickeln. Von betrieblichen, aber auch regionalen Streiks. Es wird in vielen Fällen nicht ausreichen alleine in einzelnen Branchen oder Regionen zu mobilisieren und damit wird auch die Frage von Generalstreik auf die Tagesordnung kommen. Wenn entschlossen gekämpft wird, um nicht nur ein Zeichen zu setzen, sondern wirklich etwas zu erreichen, wird ein solcher Kampf manchmal auch Tage oder Wochen dauern. International hat es im Zuge der Proteste gegen die Auswirkungen der Krise eine Reihe von groß angelegten Streiks bis hin zu Generalstreiks gegeben. Mit einer Reihe von branchenübergreifenden landesweiten Streiks im Februar dieses Jahres konnten in Frankreich Kürzungen im Sozialbereich erfolgreich verhindert werden. Regierung und UnternehmerInnen lassen uns letztlich nichts anders übrig als mit Kampfmaßnahmen auf ihre Angriffe zu reagieren.



Eine Lidl Angestellte wehrt sich erfolgreich.

“Ihr kriegt mich nicht klein.”

In dem Taschenbuch von Ulrike Schramm-de Robertis und Daniel Beruzi (Journalist und Mitglied der deutschen Schwesterorganisation der SLP, SAV) geht es um den erfolgreichen Widerstand der mutigen Autorin gemeinsam mit ihren KollegInnen. Das Buch ist sehr persönlich gehalten, dabei aber immer hochpolitisch.

Ulrike Schramm-de Robertis hat immer schon im Einzelhandel gearbeitet, fast immer bei Diskontketten. Sie ist eine von 10 BetriebsrätInnen in über 3.000 Lidl-Filialen. Im Buch lernt man viel über die Methoden der Konzerne, immer mehr aus den Belegschaften heraus zu pressen. Wer es liest, lernt Vorgesetzte und ManagerInnen, die mit Einschüchterungen, Mobbing und Psychoterror, ungerechtfertigten Entlassungen, Bespitzelungen usw. arbeiten (fast persönlich) kennen. Eindrucksvoll beschreibt die Autorin auch, wie sie anfangs an persönliche Fehler der Vorgesetzten und an Verbesserungen glaubt. Bald kommt die Erkenntnis, dass eine Belegschaft für ihr Recht kämpfen muss und es folgen die Versuche, Betriebsräte zu gründen.

Die Angst der Diskonter vor Widerstand ist groß. Einmal bekommt die Autorin kurz vor einer Betriebsratswahl eine Führungsposition in ihrem Traumland Spanien angeboten. Bei einem Konkurrenz Diskonter – wie sie anfangs glaubt. Als die Mutter von fünf Kindern den Umzug unter Dach und Fach und die Zelte in Deutschland abgebrochen hat, lässt der Konzern den Traum platzen. Tatsächlich gehören beide Diskontketten zum gleichen Konzern. Dieser hat begriffen, dass man die Autorin nicht einschüchtern kann. So wurde sie kurz



„Ihr kriegt mich nicht klein“

Ulrike Schramm-de Robertis, Daniel Behruzi
Eine Discounter-Angestellte kämpft um ihre Rechte
Kiepenheuer & Witsch, Köln
205 Seiten, 8,20 Euro
ISBN 978-3462041859

vor der BR-Wahl von einer Kette zur anderen abgeworben und - als die Gefahr gebannt war - fallen gelassen. Doch auch von diesem Rückschlag erholt sich die Autorin. Das Buch ist äußerst spannend, vor allem journalistisch gut geschrieben. ArbeitnehmerInnen wie die Autorin gibt es Tausende, auch in Österreich. Mit ihnen zu kämpfen wäre oberste Pflicht der Linken und Gewerkschaften.

Arbeitskampf bei Siemens

Lässt ÖGB KollegInnen im Stich?!

Seit mehreren Jahren versucht das Siemens-Management die Softwaresparte zu vernichten. Hunderte MitarbeiterInnen wurden bereits gekündigt und vor kurzem wurden in Österreich weitere 150 Kündigungen beim AMS angemeldet. In einem Gespräch mit der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Linda Sepulveda erörterte Herbert Wanko die aktuelle Situation:

Bei Brigitte Ederer's Präsentation zur Zukunft von Siemens SIS & CT am 8. April gab es erwartungsgemäß nichts Neues. Dementsprechend war auch die Stimmung unter den Beschäftigten. Sie brachten die Siemens-Österreich-Chefin mit vielen kritischen Fragen in Verlegenheit und erreichten zumindest die Aufnahme weiterer Verhandlungen.

Diese laufen zur Zeit zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat. Sie müssen rasch zu für die Beschäftigten akzeptablen Ergebnissen führen. Anderenfalls wird es wieder Kampfmaßnahmen geben, die bereits im März bei mehreren Betriebsversammlungen beschlossen wurden. Diese Kampfmaßnahmen können mit ausgedehnten Betriebsversammlungen beginnen, die so lange dauern, dass sie unterbrochen werden müssen, um am nächsten Tag fortgesetzt zu werden – und erst später in einen Streik und unbefristeten Streik übergehen.

Denn auch für Streik als Mittel zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze wurden die Weichen von den KollegInnen bereits gestellt. Anfang März wurde beim ÖGB eine Streikfreigabe beantragt wurde. Wider Erwarten wurde diese bis jetzt noch nicht erteilt, wie auch sonst die Unterstützung durch ÖGB und GPA in den letzten Monaten kaum wahrnehmbar ist. Ähnlich verhält es sich mit den Betriebsräten anderer Abteilungen und dem

Zentralbetriebsrat bei Siemens-Österreich. Das Management ist leider mit seiner Spaltungspolitik erfolgreich, die Gewerkschaftsführung spielt zumindest zum Teil mit, wie auch Teile des Betriebsrates. Das verschlechtert die Position ALLER KollegInnen massiv und erschwert die Arbeit des Betriebsrates. Darunter leidet die Öffentlichkeitsarbeit, die Zusammenarbeit mit KollegInnen in anderen Ländern und die Mobilisierung zu öffentlichen, solidarischen Protesten.

Das meint die SLP:

Auch, oder gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muss um jeden Arbeitsplatz gekämpft werden. Und in den Kampfmethoden können wir uns noble Zurückhaltung nicht leisten. Seit Jahren wird den KollegInnen von Siemens SIS & CT vom Management auf der Nase herum getanz. Darauf muss es adäquate Antworten geben. Obwohl es schwerer ist, es kann auch ohne Unterstützung durch die Gewerkschaften gestreikt werden. Wenn die Belegschaft geschlossen hinter dem Arbeitskampf steht, kann so ein Arbeitskampf eine positive Wendung bekommen. Dafür ist es notwendig, dass sich alle KollegInnen an der Vorbereitung des Kampfes beteiligen. Dass sie Streik- und Kampfkomitees bilden um die BetriebsrätInnen zu entlasten und zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit (mittels Zeitungen, Flugblättern, Plakaten, etc.), Demo-Mobilisierung und -Vorbereitung, usw. übernehmen. Denn Solidarität mit dem weltweiten Kampf der Siemens-KollegInnen ist notwendig. „Wer einen angreift, greift alle an“ ist ein Grundsatz der Gewerkschaftsbewegung, an den sich die ÖGB-Führung wieder mal erinnern sollte!

5 gute Gründe, die SLP zu wählen!



Die Wiener Wahlen am 10. Oktober finden vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise und einer starken rechtsextremen Bedrohung durch die FPÖ statt. Die SLP tritt bei dieser Wahl auch an! Doch gelingt es uns, die Notwendigkeit einer neuen linken Partei, einer Kraft für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche aufzuzeigen und Menschen für diese Idee und unser Programm zu gewinnen? Wir haben versucht im Vorfeld der Wahl gemeinsam mit anderen linken Organisationen die ersten Schritte in diese Richtung zu setzen. **Margarita Döller** stellt die SLP vor und zeigt, dass eine Stimme für die – und die Mitarbeit in der – SLP der größte Gewinn ist.

„Der Wiener Arbeitsmarkt ist trotz der Krise robust und entwickelt sich vor allem für die jungen WienerInnen positiv.“

SPÖ Vizebürgermeisterin Brauner

Die Lage in Wien unterscheidet sich nicht grundsätzlich von andern Bundesländern. Es braucht eine echte Alternative zur neoliberalen Schönfärberei! SLP

10% der WienerInnen sind derzeit arbeitslos, 17% der ArbeitnehmerInnen haben trotz Job zu wenig Geld für ein menschenwürdiges Leben. Die Mieten in Wien sind in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen. Heute müssen junge Paare mehr als die Hälfte ihres Einkommens in die Miete investieren. Auch in der Arbeitswelt der Gemeinde selbst gärt es: So sind 30% der Beschäftigten im Gesundheitsbereich burn-out gefährdet. Das ist nicht weiter verwunderlich, bei Angst, um den Arbeitsplatz, längeren Arbeitszeiten, schlechterer Bezahlung und dem steigenden Arbeitsdruck. Besonders hart trifft es in Wien die Jungen. Unter den 83.000 Arbeitslosen sind 11.500 Jugendliche. 70.000 Kinder und Jugendliche in Wien sind akut von Armut betroffen. Auf jede Lehrstelle in Wien kommen vier BewerberInnen und das trotz „Ausbildungsgarantie“ der SP-Wien. Dass die SPÖ diese Situation rosarot zeichnet, zeigt, dass sie in den letzten Jahrzehnten zu einer Partei wie alle anderen, einer bürgerlichen Partei geworden ist, die sich in ihrer Vorgangsweise und in ihrem Programm nicht wesentlich von den anderen etablierten Parteien unterscheidet. Sie setzt heute auf Bettelverbote statt auf Umverteilung und sozialen Wohnbau.

„Zeit für klare Worte“ FPÖ-Plakate

„Zeit für Taten gegen Rechts-extremismus und Sozialabbau“ SLP

2007 gründete sich die Bürgerinitiative Dammstraße im 20. Bezirk gegen den Ausbau eines islamischen Zentrums. Zuerst standen noch Lärm- und Parkplatzprobleme im Vordergrund. Aber rasch entwickelte sie sich zu einer Plattform für Rechtsextreme und FPÖ AnhängerInnen, die rechte Hetze verbreiten. Auch Teile der ÖVP unterstützen sie, u.a. der Akademikerbund mit radikal-fundamentalistischen Christen. Die Probleme der AnrainerInnen wurden dadurch nicht gelöst. Vielmehr wurden Verbesserungen durch die Polarisierung im Bezirk nahezu unmöglich gemacht. 2007 zogen auf der rechten Demo Strache und ca. 100 Neonazis mit Österreichfahnen Seite an Seite durch die Straßen. Im Mai 2009 fand der „Protestmarsch aufs Rathaus“ statt. Beide Male mobilisierten wir dagegen. Die Polizei lies den rechten Aufmarsch zu und tat nichts gegen Nazis. Auf der anderen Seite untersagt die Polizei linke Demonstrationen gegen Burschenschaft und Neonazis (WKR Ball). Hier hätte die SPÖ in Wien einschreiten können, die zweifellos Einfluss auf die Wiener



Die SLP: Immer aktiv!

Polizei hat. Stattdessen schließt Häupl eine Raumvergabe an die ultrarechte Burschenschaft Olympia nicht aus. Eine sozialistische Stadtergung hätte die rechtsextreme Kundgebung mit einer breiten Mobilisierung und Blockaden verhindert. Der Aufstieg der FPÖ und Rosenkranz hat seine Ursache v.a. in der sozialen Situation. Die hat sich, dank der Politik von SPÖ, ÖVP und FPÖ, drastisch verschlechtert. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist daher grundlegend mit dem Kampf gegen Sozialabbau verbunden. Die SP-Wien aber setzt lieber Forderungen der FPÖ um. Verstärkte U-Bahn-aufsichten, „Stadtsecurities“ und ein verstärktes Polizeiaufgebot sind jene „Law and order“-Politik, die Strache fordert. Nichts davon löst Probleme. Stattdessen braucht es mehr Geld für kostenlose Jugend-, Sport- und Kulturzentren. In Linz übergibt die SPÖ sogar den Chefposten der Stadtwache an einen FPÖler, der dem Bundesheer zu rechtsradikal war. Eine Stimme für die SPÖ ist also keine Stimme gegen Rechts – das zeigt die SPÖ schon vor dem Wahltag vor!

„Modelle wie die Kurzarbeit tragen dazu bei, Kündigungen zu verhindern.“

SPÖ Vizebürgermeisterin Brauner

„Wir sehen, dass ein Mittel, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, die verkürzte Arbeitszeit war.“ ÖGB Präsident Foglar

Die Gewerkschaften müssen sich aus der Geiselschaft einer neoliberalen Sozialdemokratie befreien! SLP

Nicht Kurzarbeit, sondern Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn ist das einzige erfolgreiche Konzept gegen Arbeitslosigkeit. Auf das Auslaufen der Kurzarbeitsverträge folgt in vielen Fällen jetzt die Kündigung. Weder die SPÖ-Wien noch der ÖGB haben wirkliche Konzepte gegen Arbeitslosigkeit. Dabei hätte die SPÖ in Wien die Möglichkeit, die jahrelange Forderung des ÖGB nach Arbeitszeitverkürzung bei den Wiener Gemeindebediensteten umzusetzen und somit Arbeitsplätze zu schaffen. Stattdessen lassen sich die

ÖGBlerInnen auf SPÖ-Mandaten im Wiener Gemeinderat für die verstärkte Prekarisierung von Jobs bei der Gemeinde Wien einspannen. Die SLP setzt nicht bei der Profit- oder Standortlogik an sondern sieht ihre Aufgabe darin, Bewegungen und Streiks, zu unterstützen und zu organisieren. Für uns stehen die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum. Wir fordern:

- ▶ echte sozialistische Verstaatlichung, beginnend mit der Rekommunalisierung von privatisierten bzw. ausgegliederten Bereichen in Wien
- ▶ Demokratische Kontrolle und Verwaltung dieser Bereiche durch Beschäftigte/KlientInnen/KonsumentInnen
- ▶ Öffentliche Investitionen in Bildung, Soziales und Gesundheit
- ▶ Arbeitszeitverkürzungen auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn im öffentlichen Dienst in Wien, um Arbeitsplätze zu schaffen
- ▶ Mindestlohn, Mindestarbeitslosengeld und Mindestpension von 1.200 Euro netto!
- ▶ Sofortige Schaffung von ausreichend leistbaren Wohnungen in Wien

Keine Alternativen zum Kapitalismus

Etablierte Parteien

Sozialistische Kommunalpolitik ist machbar! SLP

In vergangenen Wahlkämpfen haben wir von verschiedenen KommunalpolitikerInnen immer wieder gehört: Was ihr sagt ist schön und gut, hat aber nichts mit Kommunalpolitik zu tun. Falsch! Die wichtigste Aufgabe von sozialistischer Kommunalpolitik ist die Unterstützung und das Anstoßen von sozialen Kämpfen. Linke VertreterInnen in Bezirk- oder Gemeinderäten müssen das Sprachrohr der ArbeiterInnenbewegung sein und diese mit aufbauen. Die Themen und Forderungen, die wir dabei auf die Tagesordnung bringen, sollen für die ArbeiterInnen und Jugendliche relevant sein. Wir beschränken uns da nicht auf den Zuständigkeitsbereich der Kommunen; nicht zuletzt weil diesen durch die Sparpolitik auf nationaler und eu-

ropäischer Ebene immer mehr Geld entzogen werden. Wir ordnen uns dieser Sparlogik daher nicht unter, wie das SPÖ und Grüne tun. Die Unternehmen haben eine Milliarde Euro Schulden bei den Krankenkassen. Das private Geldvermögen in Österreich beträgt 420 Milliarden Euro! Geld für Bildung, Soziales und Arbeitsplätze wäre also genug da. Der Kampf darum muss auf allen Ebenen geführt werden! Ein Beispiel für erfolgreiche, sozialistische Kommunalpolitik ist der sozialistische Stadtrat 1984 in Liverpool. Der sozialistische Stadtrat in Liverpool unterwarf sich damals nicht der Sparlogik und den Vorgaben von Margaret Thatcher. Ein Wohnbauprogramm, eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn im Öffentlichen Dienst und der Bau von Kindergärten und Sporteinrichtungen folgten. Mittels Massenmobilisierung und demokratischer Mitentscheidung der Bevölkerung konnten der Premierministerin Millionen abgerungen werden während im Rest des Landes gekürzt wurde. Seit den letzten EU-Wahlen können sich SozialistInnen auch über ein Mitglied im Europäischen Parlament freuen, Joe Higgins. Das Mandat ist das Ergebnis jahrelanger erfolgreicher Politik des CWI in Irland. Joe steht und stand IMMER auf der Seite der ArbeiterInnen und hat eine Vielzahl von Kämpfen unterstützt. Er lebt vom Durchschnittseinkommen eines irischen Arbeiters - der Rest des Politikergehalts fließt in politische Arbeit.

Keine Antwort auf die Krise

Etablierte Parteien

Es braucht eine neue Partei, welche die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen vertritt. SLP

Die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei und die Existenz vieler ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Arbeitslosen und PensionistInnen ist schon bedroht. Neoliberale Konzepte haben ihren Beitrag zu Armut und Arbeitslosigkeit geleistet. Viele Menschen suchen nach einer Alternative zum bestehenden System. Deshalb brauchen wir eine neue ArbeiterInnenpartei, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt und Alternativen zum Kapitalismus aufzeigt.

Die soziale Lage spitzt sich zu und mit ihr das Problem des Rechtsextremismus. Das Potential für eine neue linke Kraft ist nach den Umfragen enorm. Im krassen Widerspruch dazu steht das Fehlen einer offensiven Präsenz der linken Kräfte in sozialen Bewegungen und gewerkschaftlichen Strukturen. Wir sehen unsere Kandidatur als kleinen Schritt in diese Richtung. Wir streben daher auch eine Zusammenarbeit bzw. Koordination mit anderen linken Kräften für die Wiener Wahlen an, sowie gemeinsame Aktionen gegen Sozialabbau und Rassismus. Die SLP ist aber v.a. eine Partei zum mitmachen – und zwar VOR und NACH dem 10. Oktober.

Kein Duell SPÖ gegen FPÖ!

Die FPÖ ist ebenso wenig Partei der kleine Leute wie die SPÖ

Der Wahlkampf der FPÖ gegen Häupl beweist, dass die Freiheitlichen für die realen Probleme keine Lösungen außer Hetze anbieten können. Wir haben uns die freiheitliche Propaganda zu den „sieben Kapitalfehlern“ der SPÖ näher angesehen und sagen dazu, was die SPÖ nicht dazu sagen kann oder will.



1 Sicherheit: Ausländerhetze oder soziale Sicherheit?

Zum Thema Sicherheit setzt die FPÖ auf Altbekanntes: Ausländische Ostbanden würden in Horden Wien überfallen. Auch wenn jeder Wohnungseinbruch einer zuviel ist: Sowohl das Thema Kriminalität wie das Thema Sicherheit hat wesentlich mehr als diese eine Dimension. Nicht nur die Anzahl der Wohnungseinbrüche ist seit Monaten rückläufig; auch belegen die Statistiken, dass in allen anderen Kriminalitätsfeldern – außer eben den Einbrüchen – Menschen mit österreichischem Pass die Statistiken mit Abstand anführen. Entscheidend ist für uns allerdings auch, dass die SPÖ Wien auf diese Verunsicherung mit neuen Ordnungsdiensten, Bettelverboten und Heer an der Grenze – also v.a. Repression – reagiert. Wir sehen Sicherheit demgegenüber v.a. unter dem Gesichtspunkt der sozialen Sicherheit. Doch der Kampf um soziale Rechte wird – natürlich – auch von der FPÖ in diesem Wahlkampf nicht thematisiert.

2 Zuwanderung

Die FPÖ behauptet, dass die Zuwanderung automatisch große soziale Probleme bedeutet, gewissermaßen schuld an der sozialen Frage ist. Sie zeigt allerdings gleichzeitig auf, wo ein zentrales Problem in diesem Zusammenhang tatsächlich liegt, wenn sie auf ihre Slogans von „Wien darf nicht Chicago“ bis „Wien darf nicht Istanbul werden“, verweist. Es ist nicht „die Zuwanderung“, sondern der Umgang mit den Menschen die zuwandern, also Rassismus und Diskriminierung, der die Probleme schafft. Gerade die Beherrschung der deutschen Sprache ist keine Frage der Herkunft, sondern vor allem des sozialen Status und der damit ggf. verbundenen Benachteiligung durch das Bildungssystem. Bei den Aufnahmetests zum Polizeidienst fiel fast die Hälfte beim Deutschtest durch obwohl es nur sieben Prozent BewerberInnen mit Migrationshintergrund gab. Was sagt die FPÖ dazu? Wir sagen z.B.: Gesamtschule für alle und freier Hochschulzugang! AusländerInnen „nutzen“ zudem nicht unser Sozialsystem aus, sondern haben in vielen Punkten gleiche Pflichten aber weniger Rechte. Auch das hat die SPÖ zugelassen. Und auch deshalb wurde die „Ausländerfrage“ erst zu einer „sozialen Frage“, indem eine ganze Bevölkerungsgruppe durch Gesetze und Hetze aus der Gesellschaft ausgegrenzt wurde bzw. wird.

3 Wirtschaftsmisere

Beim diesem Thema zeigt die FPÖ auf welcher Seite sie tatsächlich steht: Auf der Seite der Großkonzerne die von Wien aus agieren und dafür verantwortlich sind, dass in Mittel- und Osteuropa nach wie vor Hungerlöhne gezahlt werden (und die Menschen von dort abwandern). Diese Konzerne nennt die FPÖ namentlich als positiven Bezugspunkt und fordert darüber hinaus die Senkung des „Kostendrucks“ – also die Abschaffung von Steuern und Gebühren – für Unternehmen in Wien.

4 Die Abgaben- und Gebührenlawine

Strom-, Gaspreiserhöhung... etc.: Hier liegt zweifellos eines der schlimmsten Vergehen der Rathaus-Mehrheit vor. Nur mehr als dieses Vergehen benennen kann die FPÖ nicht. Wir meinen im Gegensatz dazu: Die Gebührenlawine hat zwei Ursachen, welche gleichzeitig auf Lösungen hinweisen. Erstens hat die Art, wie städtische Unternehmen wirtschaften – nämlich privat-

wirtschaftlich also gegen die Interessen der GebührenzahlerInnen – mit der Ausgliederungs- und Privatisierungspolitik zu tun. Zweitens hat das „fehlende Geld“ für die leeren Kassen, das über solche Massengebühren hereingebracht wird mit einer „fehlenden Politik“ zu tun, die sich unter z.B. am Steuerwesen des „roten Wiens“ der Zwischenkriegszeit orientieren könnte. Reichtum und Luxus wurden damals massiv besteuert und in soziale Projekte gesteckt. Dafür müsste man freilich auch heute mit dem Widerstand der betroffenen Kreise rechnen.

5 Verteuerung der Mieten – Wohnungen

Die FPÖ benennt die Verteuerung der Mieten in Gemeindebauten und den stagnierenden Wohnungsbau als Problem. Zweifelloso kein Ruhmesblatt der Rathaus-SPÖ, die ihre Möglichkeiten nicht ausgenutzt hat um durch günstige Mieten den Tendenzen am Wohnungsmarkt offensiv entgegen zu steuern. Es ist allerdings auch eine Tatsache, dass bereits lediglich die Existenz des großen öffentlichen Wohnungssektors in Wien in Kombination mit dem gesetzlichen Mieterschutz verhindert, dass die Ausbeutung durch private Hausherrn und Makler völlig überhand nimmt. Und gerade diese beiden Gruppen werden durch die FPÖ bestens vertreten; nicht wenige tummeln sich auf den freiheitlichen Kandidatenlisten. Und ob es um die Senkung der Maklergebühren, das Einfrieren der Richtwerte oder den Mieterschutz an sich geht – die FPÖ hat hier noch nie Stellung für die kleinen Leute bezogen.

6 Die Verkehrsmisere

Mehr als sich über Geschwindigkeitsbegrenzungen und bzw. sich über die Verkehrsplanung an sich aufzuregen, hat die FPÖ hier nicht anzubieten. Die SLP hat demgegenüber hier eine ganz klare Linie: Nein zu allen Maßnahmen, die überproportional kleine Einkommen treffen (hohe Öffipreise, teure Parkpickerl, Citymaut ...) – Ja zur Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs und des Rechts der BewohnerInnen auf Schutz vor Verkehrslärm. Das bedeutet Nulltarif in U-Bahn, Bus und Bim sowie die Vermeidung von Individualverkehr – auch durch das Angebot ergänzender Alternativen (Sammeltaxis etc...) wo immer das möglich und sinnvoll ist.

7 Abgehobenheit und Freunderlwirtschaft

Eines ist sicher: Dort wo Freiheitliche an der Macht sind bzw. waren, haben Häupl und Co in punkto Freunderlwirtschaft in jedem Fall ihren Meister gefunden. So bezeichneten österreichische Medien bereits 2006 das Forschungszentrum Seibersdorf als „blaue Jobbörse“ in der sich u.a. Martin Graf über 200.000 Euro Abfertigung abholte. Und von Hypo-Alpe-Adria, über die üppige Parteienförderung und teure Imagekampagnen aus Steuergeldern bis zu Kaufoptionen für die österreichische Staatsbürgerschaft gegen Spende – die Freiheitlichen in Kärnten machen’s den Wiener Freunden vor ...

4 Gründe und mehr, warum die Grünen keine Alternative sind

von Pablo Hörtner, SLP Wien

Laut Grundsatzprogramm von 2001 sind die Grünen „basisdemokratisch, gewaltfrei, ökologisch, solidarisch, feministisch, selbstbestimmt“. Die Erfahrung in den vergangenen Jahren – auch in Oberösterreich und Graz – lehrt uns eines Besseren ...

1 Soziale Bewegungen? Andere Gesellschaft?

Falls überhaupt eine Partei soziale Bewegungen unterstützt, sind es die Grünen. Aber das ist weitgehend vorbei. Trotzdem werden sie von Manchen als „links“ eingestuft, va. weil es keine wirklich linke Kraft gibt. Doch sie sind längst eine etablierte Partei und haben zahlreichen Verschlechterungen zugestimmt oder sich dazu passiv verhalten. Zunehmend werden sie bestenfalls als „kleineres Übel“ gewählt. Insgesamt verteidigen die Parteigrünen den kapitalistischen status quo. Soziale Fragen und gelebte Solidarität kommen in der „Grünen Realpolitik“ kaum vor, daran ändern auch linke FunktionärInnen und AktivistInnen nichts.

2 Ökologie? Frauenrechte? MigrantInnenrechte?

Massensteuern wie div. Ökosteuerkonzepte belasten die Bevölkerung und ändern nichts am kapitalistischen Profitsystem mit seinen katastrophalen Auswirkungen auf Mensch und Natur. Die Grünen stehen keineswegs für Freifahrt im Nahverkehr. Auch zur „Vertagung“ des AKW-Ausstiegs Deutschlands um 30 Jahre kam aus Österreich keine Kritik.

Vereinzelt Unterstützung gab es bei der SLP-Kampagne gegen die radikalen Abtreibungsgegner; jedoch wurde weder innerparteilich breit mobilisiert, noch wurde das Thema in die Öffentlichkeit getragen. Selbst grüne AktivistInnen haben das Gefühl, es handelt sich für die Parteispitze angesichts der mehrheitlich bürgerlichen WählerInnen um ein zu heißes Pflaster. „Die Zahl der aktuell am Arbeitsmarkt fehlenden Fachkräfte wird von der Wirtschaftskammer mit ca. 5000 - 7000 angegeben, Tendenz

steigend. Mithilfe des Punktesystems wäre diese Problematik entschärft.“ Das macht die Herangehensweise der Grünen deutlich. Die Gründe für Migration wie äußerste Armut und Massenarbeitslosigkeit, politische und religiöse Verfolgung (oder auf Grund der sexuellen Orientierung etc.), Kriege und sonstige Katastrophen usw. werden weitgehend ignoriert. Obwohl sich die Grünen vordergründig für Menschenrechte einsetzen, vertreten sie letztlich die Interessen der Wirtschaft, anstatt jene der Betroffenen selbst in den Vordergrund zu stellen.

3 Basisdemokratie? Selbstbestimmung?

2009 gab es die Basisinitiative „Grüne Vorwahlen“ unter dem Motto „Die Grünen brauchen Veränderung. Darum wählen wir* (*stinknormale Wiener Grünwähler/innen) das Gemeinderatsteam für 2010.“ Ziel war die verknöcherten Strukturen innerhalb der Wiener Grünen etwas aufzubrechen und die Partei wieder näher an die Basis heranzuführen. Die Parteiführung war darüber nicht nur nicht glücklich, sondern setzte bürokratische Maßnahmen. Das zeigt den zunehmend unmöglichen Spagat der Grünen zwischen der Wirklichkeit einer etablierten Partei mit zunehmend undemokratischen Strukturen und dem demokratischen Anspruch.

4 Antimilitarismus? Antiimperialismus?

1999 unterstützte die Grüne Parteispitze den NATO-Angriff auf Serbien. Auch die positive Haltung der deutschen Grünen zum Angriff auf Afghanistan wurde anfangs nicht kritisiert. Die Grünen hoffen auf die UNO (die eine Reihe von Kriegen führte), unterstützten die EU-Battle Groups sowie den Einsatz österreichischer SoldatInnen im Tschad und anderen Krisengebieten. Aus den Reihen der Grünen wurde auch eine Spaltung der antifaschistischen Szene vorangetrieben. Wer die imperialistische Aggression des israelischen Staates gegen die palästinensische Bevölkerung kritisiert wird als „antisemitisch“ diffamiert, gleichzeitig wird auf Kriegstreiber wie Ahmadinjad gesetzt.



Die Todsünden der SPÖ

von Karin Wottawa, SLP Wien

Die SPÖ fährt Angriffe gegen ArbeiterInnen – soweit nichts Neues. Unter Reform versteht man mittlerweile Verschlechterungen unter dem Deckmäntelchen des Neuen/Notwendigen/Effizienten eventuell mit einer Prise Verbesserung ergänzt, um Kürzungen zu rechtfertigen.

Ein gutes Beispiel sind die (möglichen) Verbesserungen, die in der Volksbefragung der Wiener Stadtregierung als Wahlzuckerl der SPÖ an die Bevölkerung herangetragen wurden. Zweifelloso – dass die U-Bahn die Nacht hindurch fährt, ist ein Fortschritt. Leider ist der SPÖ aber nicht zu trauen – dies kann leicht als Rechtfertigung von Fahrpreiserhöhungen dienen. Neben kleinen Kürzungen in Wien dort und da wie die Abschaffung der kostengünstigen 2-Stunden Tickets in den Wiener Bädern, beging die SPÖ jedoch auch echte Todsünden, die ihren Charakter als normale, neoliberale Partei aufzeigt: Privatisierungen, „law and order“ – Gesetze, Kürzungen im Gesundheitswesen...

Privatisierungen

Die SPÖ hat Privatisierungen vorangetrieben – nicht nur mit der Ausrede die ÖVP als Koalitionspartner zu haben, sondern auch in Wien, wo die SPÖ allein regiert. Wesentliche Abteilungen des Wiener Magistrats werden schrittweise ausgelagert und privatisiert. Offiziell wird behauptet, dass die Ausgliederungen viel besser seien als Privatisierungen, es ist jedoch nichts anderes als das: Die Beschäftigten, die neu aufgenommen werden, sind keine öffentlich Bediensteten mehr und Bedienstete der Stadt

Wien, die in einem ausgegliederten Unternehmen arbeiten, haben kein Recht mehr, in eine Dienststelle der Stadt Wien zurück zu kehren. Auf der Seite der KonsumentInnen besteht die Problematik, dass die öffentliche Grundversorgung nach kapitalistischen Gesetzen geführt wird. Die Friedhöfe wurden in die Wiener Stadtwerke Holding ausgegliedert, der Wiener Kanal und die Müllabfuhr befinden sich ebenfalls in dieser Holding. Dazu kommt noch der Verkauf von Infrastruktur in windigen Cross-Border-Leasing-Projekten.

Sozial- und Gesundheitsbereich

Im „Fonds Soziales Wien“ sind große Teile der Sozialverwaltung, der Pflege und Behindertenbetreuung zusammengefasst. Das bringt neben Einkommensnachteilen für die Beschäftigten auch die Einführung neoliberaler Managementkonzepte – Erfolgs- und Zielvereinbarungen im Sozial- und Gesundheitsbereich mit allen Nachteilen für Beschäftigte und KlientInnen.

„Law and Order“ in Wien

Häupl gibt sich gerne weltoffen. Aber Menschen, die nicht „genehm“ sind, können ab Juni mit Strafen bis zu Euro 700,- belegt werden. Die Novelle des Landessicherheitsgesetzes macht’s möglich. FPÖ und ÖVP stimmten – naturgemäß – zu. Wer in diese Personengruppe fällt bleibt der subjektiven und damit völlig willkürlichen Meinung eines/r Polizisten/in überlassen... Es werden wohl Jugendliche, Obdachlose und MigrantInnen sein.

Vom linken Wohnprojekt bis zum Ghetto

Wie Jugendliche wohnen

von Sebastian Kugler, SLP Wien

Wie bricht man also als JugendlicheR aus dem Wohndilemma aus? Viele versuchen, in ärmeren Gegenden eine günstige Wohnung zu finden. Dort bilden sich kleine Initiativen, die den billigen Wohnraum nützen und sich bemühen, das Leben lebenswerter zu machen. Oft gelingt das auch für kurze Zeit. Der Zuzug z.B. von StudentInnen hat schon einige Stadtviertel kulturell bereichert. Es bilden sich coole Szenen, hippe Viertel etc.

Aber blöderweise leben wir im Kapitalismus, in dem alles zur Ware wird. InvestorInnen riechen den Braten und spekulieren mit Grundstücken und Wohnungen in solchen aufstrebenden Vierteln. Die Preise steigen.

Die kulturelle Aufwertung zieht Yuppies und Neureiche an, die dort hinziehen, weil es dort cool und angesagt ist. Und sie sind in der Lage, höhere Mieten als die bisherigen, meistens ärmeren MieterInnen zu zahlen. Die Mieten steigen und die ärmeren BewohnerInnen werden systematisch aus ihren Wohnungen gedrängt. Auch das restliche Leben wird teurer. Anstelle von alternativen Cafés siedeln sich hippe, teure Bars an. Dieses Phänomen gibt es schon länger, seit neuestem trägt es den schicken Namen „Gentrification“.

Ghettos

Es ist ein Faktum, dass in Großstädten wie Wien sich wieder mehr und mehr abzeichnet, wo arm und wo reich lebt. Dank der Spekulation und der Erhöhung der Mieten sind Bezirke, die vor 20 Jahren noch billig, aber cool waren, heute für junge Menschen unbezahlbar. Auf der anderen Seite bilden sich dafür Gebiete, in denen besonders viele MigrantInnen und ärmere Schichten leben. Man spricht von Ghattobildung - Mittlerweile ist der Begriff ein Schlagwort, das vor allem von der FPÖ genutzt wird, um gegen MigrantInnen zu hetzen. Sie meint, MigrantInnen würden sich absichtlich zu „Parallelgesellschaften“ formieren. Die Wahrheit ist, dass sie keine andere Wahl haben, als in „Ghettos“ zu ziehen. Überall anders ist Wohnen für sie unleistbar geworden. Es fehlt einfach an bezahlbarem Wohnraum und sozialem Wohnbau.

Die Stadt gehört uns allen!

Um Jugendlichen eine Wohnung zu garantieren und Ghattobildung zu verhindern brauchen wir mehr sozialen Wohnbau, der nicht irgendwo einsam in der Pampa steht, sondern eine gute Infrastruktur hat. Denn wir wollen zwar die Aufwertung der Lebensqualität in Stadtvierteln, aber sie muss für alle sein, und nicht nur für die, die es sich leisten können. Die Stadt gehört uns allen! Frei nach dem deutschen Rapper Holger Burner:

**„Scheiß auf Latte Macchiato und Modeboutique.
Was wir wollen, ist leistbarer Wohnraum in Wien!“**



Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt sein!

von Lila Ramharter, SLP Wien

Eine leistbare und gleichzeitig bewohnbare Wohnung zu finden ist alles andere als leicht. Gerade für Jugendliche auf der Suche nach der ersten eigenen Wohnung tun sich schnell einige Probleme auf. Die „cool“ Gegenden sind zu teuer und auch in den anderen Gegenden sieht es nicht unbedingt besser aus.

Wien befindet sich derzeit in einer akuten Wohnungsnot, die sich noch verschlimmern wird. Laut WKO liegt der jährliche Bedarf an neuen Wohnungen bei 50.000, gebaut werden heuer allerdings bloß 35.500. Die Stadt Wien hat den sozialen Wohnbau vor rund zehn Jahren eingestellt. Demzufolge können VermieterInnen die Preise hochschnellen lassen.

Ich selbst habe mittlerweile das Glück, eine gute Wohnung gefunden zu haben, doch der Weg dahin war gesät mit dunklen, lauten, kalten Wohnungen ohne Badezimmer (!) die mir als „Traumwohnung“ angeboten wurden. Selbst die Gemeindewohnungen sind

mittlerweile weder unbedingt leistbar noch verfügbar. Genossenschaftswohnungen sind für Jugendliche sowieso kein Thema, wegen des „Finanzierungsbeitrages“ von ca. 60.000 Euro. Dieser stellt vor allem auch für junge Familien ein großes Problem dar und zwingt sie, Kredite aufzunehmen.

Ich bin auf meiner Suche auf Gemeindewohnungen gestoßen, für die ich mich bereits 2005 auf die Warteliste hätte setzen müssen. Doch auf diese Warteliste kommt man nur, wenn man keine Wohnung hat... Wo also wohnen in den fünf Jahren, in denen man auf eine Gemeindewohnung wartet? Das wohl beste Beispiel für den rapiden Anstieg der Mietpreise ist eine von mir besichtigte Wohnung, in der zuvor eine Freundin gewohnt hat. Diese hat 160 Euro Miete gezahlt, ich hätte 350 Euro zahlen müssen, allein aufgrund einer Verlegung des Klos vom Gang in die Wohnung.

Diese Preise sind leider keine Seltenheit. Für eine 35m²-Wohnung zahlt man heute, je nach Lage, etwa 400 EUR ohne Betriebskosten. Zum Vergleich: ein Friseurlehrling verdient im 2. Lehrjahr 460 EUR. Allein wohnen können viele sich so nicht leisten, wenn sie noch Geld für Essen haben wollen.

Auch die Zahl der Obdachlosen steigt weiter an. Betroffen davon sind oftmals junge Menschen, die es zu Hause nicht mehr aushalten, das Geld für eine eigene Wohnung aber nicht aufbringen können. Sie werden so sehr früh in die Spirale von Joblosigkeit und Armut hinein gedrängt, die sie an den Rand der Gesellschaft befördert.

Unsere Forderungen zum Thema Wohnen:

- Mieten und Betriebskosten dürfen höchstens 10% des Nettoeinkommens ausmachen.
- Kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung statt teuren Maklerbüros.
- Wohnen ist ein Grundrecht! Sofortiges öffentliches Wohnbauprogramm, um den notwendigen Wohnraum zu schaffen!

GPA-djp stimmt SLP-Antrag zu – und mehr...

Beim 3. GPA-djp Regionalforum in Salzburg ereignete sich eine kleine Sensation. Sie zeigt, was sich in der Gewerkschaft unter der Oberfläche abspielt. SLP-Mitglieder hatten auf den diversen Regionalforen einen Antrag eingebracht:

„Das GPA-djp Regionalforum fordert vom ÖGB die Forderung Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich als zentrale Lösung zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu erkämpfen.“

Beim Wiener Regionalforum war zwar die Presse ausdrücklich eingeladen – Basismitgliedern wurde aber der Eintritt verweigert mit dem Argument, es wäre eine „geschlossene Veranstaltung“. In Salzburg musste der Antragssteller erst mühsam die Teil-

nahme und Rederecht erkämpfen. In der Debatte zeigte sich dann deutlich eine Differenzierung innerhalb der GPA-djp. Die Jugend, die AUG-VertreterInnen und die überwiegende Mehrheit der anwesenden BetriebsrätInnen (FSG wie unfraktionierte) setzten sich offen für den Antrag ein und stimmten auch dafür. Klar dagegen war die FCG die sich voll auf die klassische Argumentation der UnternehmerInnen und Regierung einließen: „es ist kein Geld da.“ Die Antragskommission bzw. das Präsidium, die den Delegierten im Vorfeld noch empfohlen hatten für die Zuweisung des Antrags an den Vorstand zu stimmen musste sich darauf einlassen über die Annahme abstimmen zu lassen. Der Regionalgeschäftsführer und die neu-

gewählte Vorsitzende versuchten noch auf die angebliche Unsinnigkeit des Antrags hinzuweisen – es half ihnen aber nicht. Eine große Mehrheit der anwesenden BetriebsrätInnen und Delegierten stimmte dafür.

Auch danach gab es deutlich Bekundungen der Solidarität und der Unterstützung für den Antrag der SLP, etwa von den BetriebsrätInnen von Maco-Metallbeschläge, M:Real in Hallein oder den Kaindl-Werken.

...und noch mehr Aktivitäten im April

SLPlerInnen waren bei einer Vielzahl von Rosenkranz-Auftritt dabei. Wenn auch nicht als FansRosenkranz in Wr. Neustadt: SLPlerInnen machen klar: „Rosenkranz: Weder wählen noch be-

ten – bekämpfen“. In Salzburg sehen sich Rosenkranz & ihre ca 150 AnhängerInnen einer von der SLP organisierten Demonstration von rund 500 Jugendlichen gegenüber. In St. Pölten beteiligen sich SLPlerInnen an lautstarken Protesten gegen den rechtsextremen Auftritt und machten klar „Guten Tag Frau Rosenkranz! Wir sind hier um gegen ihre rassistische, menschenverachtende Politik zu demonstrieren!“ In Wien organisiert die SLP eine Demonstration gegen ihre Abschlussveranstaltung am Ballhausplatz. An den Schulen ist die Stimmung klar: Rosenkranz ist unerwünscht. SchülerInnen aus verschiedenen Schulen beteiligen sich an den Mobilisierungen gegen ihre Auftritte. Und im Mai geht es weiter gegen die rechte Gefahr!

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,
„Shakespeare“, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

WIEN

SLP-SchülerInnen
Jeden Montag um 18.00
„Amerlinghaus“-Raum 3
7.; Stifftg. 8 (Nähe U2/U3-Volkstheater)

Jeden Mittwoch um 18.30

„Pizzeria La Piazza“
20.; Gaussplatz 7

Jeden Mittwoch um 19.00

„Zypresse“
7.; Westbahnstrasse 35a

Jeden Donnerstag um 19.00

Cafe „Das Schwarze Schaf“
8., Lederergasse 26

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
„Abo“ nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. PSK 8812.733

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI

www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)

www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

www.chinaworker.org

Paginas del CIT/CWI en español

www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI

Nigeria: Korruption, Repression und Widerstand

In Lagos, Nigeria, wurde am 1. April ein Jugendlicher von der Polizei zu Tode geprügelt, weil er sich weigerte, seine Wertsachen als Schutzgeld abzuliefern. Allein im Stadtteil Ajegunle, wo der Mord passierte, werden täglich an die 500 Jugendliche festgenommen, um Geld zu erpressen. Nach dem tödlichen Polizeigriff organisierte das Democratic Socialist Movement (DSM - CWI in Nigeria) für den 3. April eine Protestkundgebung, um die Aufklärung des Mordes und ein Ende der Polizeigewalt zu fordern. Bei dieser Kundgebung wurden vier weitere Menschen von Polizisten getötet. Die Polizei begann in den darauf folgenden Tagen wahllos Jugendliche festzunehmen. Um dagegen zu protestieren, organisierte Dagga Tolar, Vorsitzender der Labour Civil Society Coalition in Lagos (einer Allianz aus Gewerkschaften und Bürgerrechtsorganisationen) sowie Mitglied des DMS, eine Pressekonferenz. Er forderte neben Gerechtigkeit für die Opfer, die Freilassung aller Festgenommenen und das Ende der Polizeibrutalität. Er forderte auch eine Erhöhung der Löhne der einfachen Polizeibeamten, damit sie nicht länger auf Erpressungen angewiesen sind. Die Antwort von offizieller Seite ließ nicht lange auf sich warten. Am 7. April wurde Dagga Tolar zusammen mit zwei weiteren Mitgliedern des DMS, Akpos Okoro und Aderemi Ismail, verhaftet. Das CWI forderte daraufhin die sofortige Freilassung Dagga Tolars sowie aller anderen Aktivisten und rief zu internationalen Solidaritätskundgebungen auf. Der Druck auf die Behörden durch die internationalen Proteste führte nicht nur zur Freilassung der DMS-Mitglieder sondern auch aller Jugendlichen, die nach der Kundgebung am 3. April verhaftet worden waren. Doch ist die Gefahr noch nicht vorbei. Dagga Tolar berichtet in einem offenen Brief, dass der Polizeikommandant ihn persönlich mit dem Tod bedroht hat. Die Drohungen gehen aber auch von den „einfachen“ Polizisten aus, die „Einnahmeverluste“ erleiden, wenn die Proteste gegen Erpressung weitergehen. Die SLP wird auch weiterhin Solidarität mit der Bevölkerung von Lagos und den Aktivisten vor Ort organisieren.

Die Adressen für Solidaritätsbotschaften sind auf der Homepage des CWI unter <http://www.socialistworld.net/doc/4211> zu finden.

www.socialistworld.net

Das Flugchaos über Europa als Argument für den Sozialismus

Vulkane, Chaos ... Kapitalismus

Die Auswirkungen des Vulkanausbruches auf Island im April haben zu Chaos geführt. Sie haben die Unfähigkeit des Kapitalismus aber auch die Solidarität der Menschen gezeigt. *Sonja Grusch* schreibt als Betroffene, die per Autostop, Fähre und Bahn von London nach Wien reisen musste.

Einerseits: Kapitalistisches Chaos und Geschäftemacherei

Weil das Transportwesen nationalstaatlich organisiert ist bzw. in unterschiedliche – konkurrierende – Unternehmen aufgespalten ist, gab es keinen internationalen Plan zur Unterstützung der gestrandeten Passagiere. Sie erhielten keine Informationen außer „Flug gestrichen“. Sie wussten nicht, wo schlafen, wie heimkommen. Viele hatten auch nicht das Geld, um sich Ersatztransportmittel selbst zu organisieren. Wer auf eigene Faust von England auf den Kontinent reiste, musste von der Fähre in Calais zum Bahnhof lange gehen – Busse gab es nicht. Dafür fuhren leere Busse von Calais nach Brüssel, anstatt die Leute aus der Fähre mitzunehmen. SchülerInnengruppen, die in London gestrandet waren berichten von explodierenden Hotelpreisen. Die ÖBB hat Rekordumsätze. Ein fettes Zusatzeinkommen mit dem Leid der Menschen. Denn ob bzw. wie viel sie von den Fluglinien zurückbekommen ist ungewiss. Diese und die Versicherungen werden versuchen, die Kosten auf die Passagiere oder den Staat abzuwälzen.

Andererseits: Menschliche Solidarität

In krassem Gegensatz dazu stehen die unzähligen Beispiele von Solidarität. Menschen, die auf Flughäfen gehen, um gestrandeten Passagieren Bett und Dusche bei sich zu hause anzubieten – unentgeltlich. Die vielen AutofahrerInnen, die stoppende Menschen, die

nur mehr heim wollten mitnehmen. SchaffnerInnen, die angesichts von Passagieren ohne Geld ein Auge zu-drückten, auch auf die Gefahr hin, dafür Probleme zu bekommen.

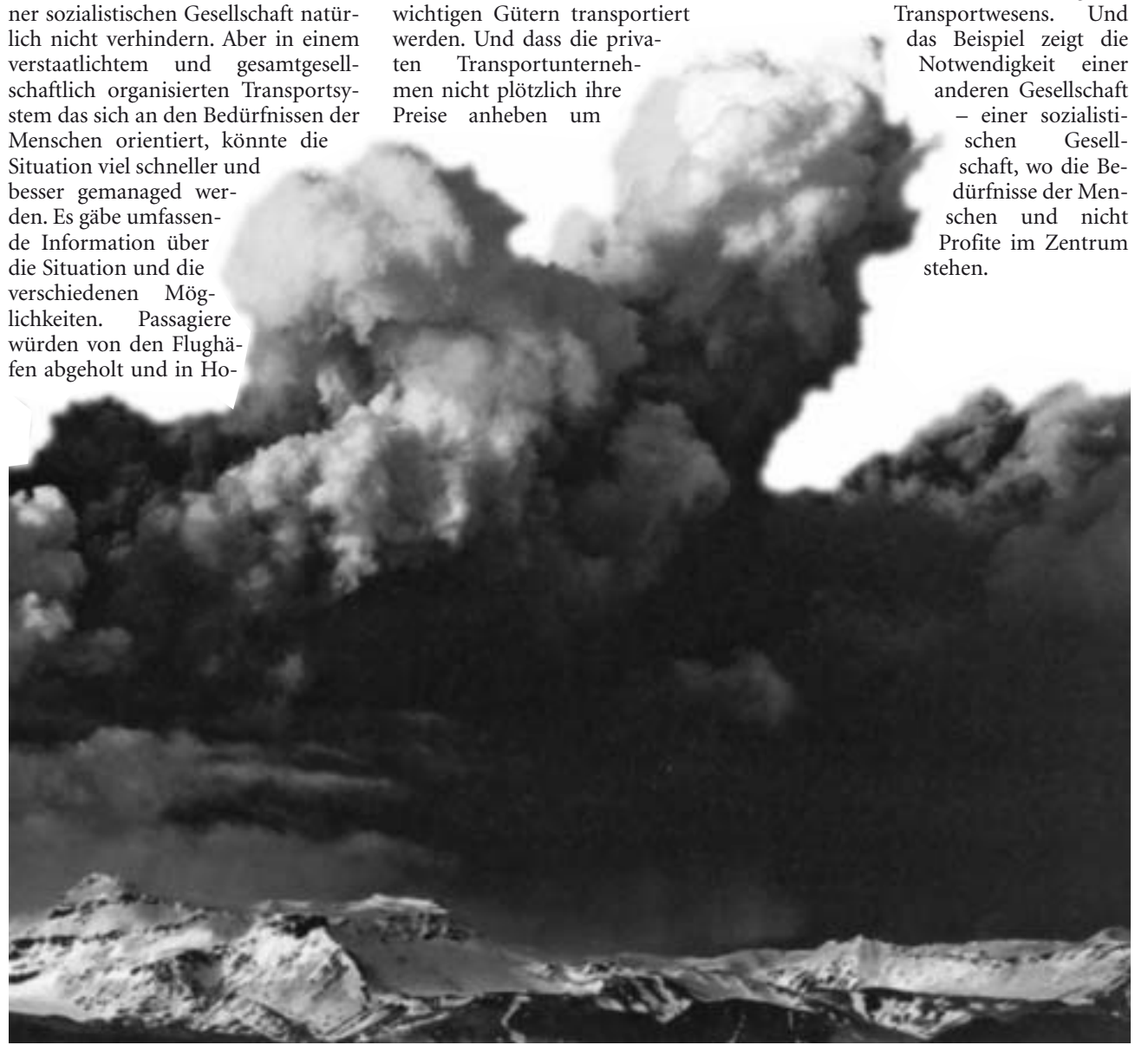
Wie es auch gehen könnte

Vulkanausbrüche können wir in einer sozialistischen Gesellschaft natürlich nicht verhindern. Aber in einem verstaatlichten und gesamtgesellschaftlich organisierten Transportsystem das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, könnte die Situation viel schneller und besser gemanagt werden. Es gäbe umfassende Information über die Situation und die verschiedenen Möglichkeiten. Passagiere würden von den Flughäfen abgeholt und in Ho-

tels gebracht werden und es würde sichergestellt dass jene, die wirklich reisen müssen, so rasch wie möglich weiter kommen. Keiner hätte Angst um seinen Job. Züge, Busse und Fähren könnten koordiniert und Kapazitäten umgeschichtet werden, weil sie nicht konkurrieren. Es würde sichergestellt, dass die Menschen vor LKWs mit unwichtigen Gütern transportiert werden. Und dass die privaten Transportunternehmen nicht plötzlich ihre Preise anheben um

Extra-Profite zu machen, sondern dass den gestrandeten Passagieren keine extra Kosten entstehen.

Dieses Beispiel muss von GewerkschafterInnen und SozialistInnen aufgegriffen werden um ein Ende der Privatisierungen zu fordern. Es braucht ein verstaatlichtes Transportsystem und die internationale Planung des Transportwesens. Und das Beispiel zeigt die Notwendigkeit einer anderen Gesellschaft – einer sozialistischen Gesellschaft, wo die Bedürfnisse der Menschen und nicht Profite im Zentrum stehen.



EUropa kurz vor Explosion?

Der Vulkanausbruch auf Island ist ein Symbol für die Situation in Europa. Denn die herrschende Klasse sitzt auf einem aktiven Vulkan. Bisher hat es nur kleinere Ausbrüche gegeben wie in Griechenland. Aber die aufgestaute Wut und Verzweiflung an vielen anderen Orten wie Spanien oder Portugal sind enorm. Bei einem Treffen von europäischen VertreterInnen des CWI in London im April 2010 wurden die politischen und wirtschaftlichen Perspektiven diskutiert.

von Sonja Grusch, Mitglied des Internationalen Exekutivkomitees des CWI

Zentraler Punkt war die Frage, inwieweit die Wirtschaftskrise vorbei ist. Tatsächlich gibt es kein wirkliches Wachstum in der Realwirtschaft, bzw. bestenfalls eines, dass durch die diversen staatlichen Rettungspakete erzeugt wurde. Die Prognosen für Handel und Wachstum sind schwach und auch optimistische Schätzungen gehen davon aus, dass das Vor-Krisen-Niveau in den nächsten 2-3 Jahren nicht erreicht wird. Jene Indikatoren, die das Vertrauen der Wirtschaft selbst widerspiegeln, wie z.B. die Investitionen, weisen nach unten. Hinzu kommen nun die wirtschaftlichen Folgen des Vulkanausbruches. Die ganze Flugbranche war bereits vorher schwer angeschlagen, nun kann es zu einer Serie von

Bankrotts kommen. Wenn Staaten einspringen, wird sich die Staatsverschuldung weiter steigern. Springen sie nicht ein, schließen die Unternehmen. Solche Entwicklungen erzeugen keine Wirtschaftskrise – aber sie können in einer wirtschaftlich labilen Situation wie jetzt der Auslöser für einen neuerlichen Einbruch sein. Und da dann die Voraussetzungen noch schlechter sind als vor zwei Jahren, die Staaten quasi ihr Pulver schon verschossen haben, kann ein solcher neuerlicher Einbruch noch weit dramatischere Folgen haben. Griechenland war nur der Anfang, andere, weit größere Ökonomien wie Spanien oder Portugal stehen vor einem ähnlichen Zusammenbruch.

Von wegen geeintes Europa

Die Wirtschaftskrise hat die unterschiedlichen Interessen verschiedener Kapitalgruppen in Europa wieder deutlich hervortreten lassen. Der „gemeinsame europäische Gedanke“ zerfällt zu Asche. Die EU agiert zwar nach wie vor wie im Falle von Griechenland als Instrument um Verschlechterungen gegen die ArbeiterInnenklasse durchzudrücken. Gleichzeitig ist das Projekt Euro aber geschwächt, jeder versucht die eigene Haut, bzw. die eigenen Profite, zu retten. Deutschland gegen Frankreich ist hier nur ein Machtkampf, der das Projekt Euro gefährdet. Die Tage des

Euro als gemeinsame Währung im jetzigen Umfang sind gezählt. Die Frage ist wenig ob, sondern v.a. wann und an welchem Ereignis er in der jetzigen Form zerbrechen wird, werden einzelne Währungen hinausgedrängt, oder werden sie von selbst gehen.

Klassenkämpfe, Streiks und die Gewerkschaften

Der Aufstand in Kirgisien und die Generalstreiks in Griechenland sind erste Anzeichen der neuen Periode, in der wir uns befinden. Jugendrevolten, Betriebe, die von den Beschäftigten besetzt werden (Frankreich), streikende ArbeiterInnen bis hin zu Generalstreiks (Spanien, Griechenland...), bewaffnete Aufstände (Kirgisien), Forderungen nach Verstaatlichung und ArbeiterInnenkontrolle (Kasachstan)... die ruhigen Zeiten sind vorbei. Die Herrschenden stehen unter Druck der Wirtschaft, weitere Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse und zunehmend auch der Mittelschicht auszuüben. Gleichzeitig wissen sie, dass sie damit die Büchse der Pandora öffnen. Ihr bester Bündnispartner ist zzt. leider die Gewerkschaftsführung. Die Kämpfe die von oben organisiert werden, dienen nur zum Dampf ablassen, nicht dazu, Angriffe effektiv zurück zu schlagen. Auch politisch fehlt in den meisten Ländern

eine linke Kraft. Solange es dieses Vakuum gibt, kann es von autoritären Strukturen und der extremen Rechten wie in Ungarn gefüllt werden.

Als SozialistInnen stehen wir nicht für nationalstaatliche Lösungen, sondern für ein vereinigtes, sozialistisches Europa. Mitglieder des CWI sind in verschiedenen neuen linken Formationen aktiv und treten dort für ein kämpferisches sozialistisches Programm und demokratische Strukturen ein. Denn wo beides fehlt, setzen diese Formationen ihren Fokus auf Wahlen und Bündnisse mit ehemaligen ArbeiterInnenparteien als kleineres Übel. Und beginnen damit ihre Rechtsentwicklung und den Weg in die politische Bedeutungslosigkeit. Wenn 80% der Jugendlichen in Frankreich bei den Regionalwahlen nicht gewählt haben ist das ein Ausdruck dafür, dass sie etwas anderes wollen: nämlich sich wehren gegen die Missstände und endlich eine Alternative zu diesem Wahnsinn. Streiks, Generalstreiks und als weiterer Schritt auch längere und unbefristete Generalstreiks, die das herrschende System offensiv herausfordern – aus einer internationalen Perspektive betrachtet (siehe Griechenland) erscheinen diese Kampfmittel im 21. Jahrhundert auf der Hand zu liegen. Auch in Österreich werden wir es uns nicht länger leisten können, darauf zu verzichten.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 189

Mai 2010

**Rassismus
schafft keine Jobs!
Geld für Soziales
statt für Banken!**



Gemeinsam gegen die rechte Gefahr!



*Verschandelung der Außenmauer der KZ-Gedenkstätte in Mauthausen – Angriffe auf den antifaschistischen Infoladen in Salzburg – Attacke von Neonazis auf einen SLP-Aktivistin in Mauthausen...
Die Gefahr von Rechts nimmt zu. Auch die Ereignisse in Ungarn motivieren die Neonazis hierzulande.*

von Michael Gehmacher,
SLP Wien

Die Strategien der Rechtsextremen und Neonazis sind vielfältig. Manche wie die NVP arbeiten möglichst öffentlich (als angemeldete Partei, in Facebook, durch Straßenaktionen usw.). Andere wie alpen-donau.info arbeiten nicht als legale Struktur, versuchen aber in bzw. durch legale Organisationen (z.B. Rf) zu agieren. Eine wichtige Taktik der extremen Rechten ist die öffentliche Provokation. Die behördliche Untätigkeit und die mangelnde Entschlossenheit vieler medial gepushter Antifaprojekte soll bloßgestellt werden. Typisch dafür sind Provokationen bei antifaschistischen Demonsten unter dem Motto „Keine Aktion gegen uns ohne uns“. Ziel: die Machtlosigkeit der Gegner aufzeigen.

8. Mai Nazifrei!

Teil der rechtsextremen Strategie ist es auch, als „Trauermärsche“ getarnte Demonstra-

tionen abzuhalten. In Vorarlberg anlässlich des Todes eines Nazis, in Linz anlässlich des Endes des Zweiten Weltkriegs. Zwar wurde die Bewerbung aus der Szene zum Teil auf weniger offene Kanäle gelegt, doch ist diese Provokation trotzdem ernstzunehmen. Ein starkes Bündnis aus linken Organisationen, MigrantInnenorganisationen und gewerkschaftlichen Gruppen mobilisiert unter dem Motto „8. Mai – Nazifrei“ dagegen.

Gemeinsam vor Ort mobilisieren

In den letzten Jahren gab es viele antifaschistische Mobilisierungen. Was war erfolgreich und was nicht? Sehr wichtig ist es, die lokale Bevölkerung einzubeziehen. Die Aufmärsche werden sonst als „Fremdkörper“ wahrgenommen. Deshalb gab es vor dem 8. Mai gemeinsame Aktionen in Linzer Außenbezirken, in Schulen und Betrieben. Jugendvertrauensräte und Betriebsräte sind ein wichtiger Teil solcher Mo-

bilisierungen.

Leichtsinnig ist es, auf die Behörden zu vertrauen. Das hat sich immer wieder gezeigt. Um rechtsextreme Aufmärsche zu verhindern, braucht es starken öffentlichen politischen Druck im Vorfeld und – wenn nötig starke öffentlich angekündigte Blockaden. In Köln konnte 2008 10.000 Menschen einen geplanten „Anti-Islam-Kongress“ verhindern. Und ebenfalls 10.000 AntifaschistInnen haben Anfang 2010 den jährlich größten Naziaufmarsch in Dresden verhindert. Das Erfolgsrezept war eine Einbindung der Bevölkerung vor Ort.

Linke Alternative anbieten

Rechtsextreme profitieren vom Frust vieler ArbeitnehmerInnen über das Establishment und die soziale Misere. Die kapitalistische Krise wird verwendet um sich als scheinbare Systemalternative aufzuspielen. Nur wenn es keine starke linke Alternative gibt, können sich rechte Gruppen vor dem Hintergrund sozialer Perspek-

tivlosigkeit als „Arbeiterparteien“ aufspielen. Ernsthafter Kampf gegen rechts braucht daher keine abgehobenen „ExpertInnen“ über AusländerInnenfeindlichkeit, sondern den gemeinsamen Widerstand. Kämpferische Gewerkschaften sind eine wichtige Säule der antifaschistischen Bewegung. Denn die gemeinsamen Erfahrungen in Kämpfen politisieren viele Menschen langfristig positiv.

Und es ist notwendig, eine sozialistische Systemalternative anzubieten. Auch bei antifaschistischen Mobilisierungen selbst. Kapitalismus und Rassismus hängen eng miteinander zusammen. In Salzburg zeigten über 400 AntifaschistInnen nicht nur, dass sie mehr als Rosenkranz & Co sind. Sie machten auch klar, dass sie eine politische Alternative haben, die glaubhaft und nicht systemkonform ist. Ganz anders bei den div. SPÖ/SJ-Mobilisierungen gegen Rosenkranz. Das waren moralische, staatstragende Fischer-Wahlkampf-Aktionen. Die Über-

macht in Salzburg, kombiniert mit der Rosenkranz-Vertreibung durch linke SJ'lerInnen in Dornbirn, brachte die Rosenkranzmobilisierung mehr ins Stottern, als alle Heinz Fischer Partys zusammen.

Manche sind nach der Bundespräsidentenwahl erleichtert. Aber das Rosenkranzergebnis ist vor allem ein Ergebnis der mangelnden Unterstützung für Rosenkranz durch den FPÖ/FPK-Apparat. Das deutet v.a. auf interne rivalitäten hin. Aber solche Lagerkämpfe haben dem Rechtsextremismus beim Fehlen einer linken Alternative nie dauerhaft geschadet. Das Problem wird sich nicht von innen lösen, sondern muss politisch – von einer linken Alternative und durch soziale Kämpfe – besiegt werden. Wer also „Nie wieder Faschismus“ will, sollte nicht nur mithelfen eine rechtsextreme Aktion kurzfristig zu verhindern, sondern gemeinsam mit der SLP für eine Gesellschaft kämpfen, die dem Faschismus den Nährboden entzieht.



Aktiv gegen Nazis:

Samstag, 8. Mai – Linz wird nazifrei!

ab 14.00 Uhr:

Kundgebung

auf der Linzer Landstraße

ab 19.00 Uhr:

Demonstration

Treffpunkt Volksgarten

Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

stenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at